



German Television



SÜDWESTRUNDFUNK

Anstalt des öffentlichen Rechts
HA Chefredaktion Fernsehen
Abteilung **Inland**
Redaktion **REPORT MAINZ**

Am Fort Gonsenheim 139
55122 Mainz

Telefon: 06131 / 9293-0
Durchwahl: 06131 / 9293-3351
Telefax: 06131 / 9293-3050

Telefax bitte sofort weiterleiten!

26.04.2016

Presseinformation

REPORT MAINZ, 26.4.2016, um 21.45 Uhr im Ersten

Bahnchef Grube für Initiative der Politik zur Entschädigung von DDR-Zwangsarbeitern

Auch Opfervereinigung UOKG fordert Bundesregierung zum Handeln auf

Mainz – Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Rüdiger Grube, hat sich im Interview mit dem ARD-Politikmagazin REPORT MAINZ für eine Initiative der Politik zur Entschädigung der Opfer von DDR-Zwangsarbeit ausgesprochen. „Das ist ein Thema, das kann nicht die Deutsche Bahn als Rechtsnachfolger der Reichsbahn alleine erledigen, sondern das ist ein gesamtgesellschaftliches Thema, das auf der politischen Ebene geklärt und weiter verfolgt werden muss“, sagte Grube. Der Bahnchef signalisierte im Interview die grundsätzliche Bereitschaft seines Konzerns zu Gesprächen über Entschädigung und zu einer Beteiligung an einem Runden Tisch.

Die Deutsche Bahn hatte in der vergangenen Woche eine wissenschaftliche Studie zur Zwangsarbeit politischer Häftlinge bei der DDR-Reichsbahn vorgestellt. Daraus geht hervor, dass Häftlinge in der DDR für die Reichsbahn unter haarsträubenden Bedingungen ausgebeutet wurden, um die Planvorgaben des SED-Regimes zu erfüllen. Über Jahrzehnte hinweg mussten tausende Gefangene Zwangsarbeit leisten. Außerdem habe die Reichsbahn unter menschenunwürdigen Bedingungen Gefangene transportiert. Die Fahrten seien besonders demütigend und quälend gewesen.

Bahnchef Grube dankte REPORT MAINZ im Interview ausdrücklich für die Berichterstattung. Das Politikmagazin hatte 2014 exklusiv über die Zwangsarbeit bei der Reichsbahn berichtet. „Tagesthemen“, Nachrichtenagenturen und Zeitungen hatten die Berichterstattung aufgegriffen. „Diese Frage von politischen Gefangenen in der DDR und ob diese politischen Gefangenen auch für die Reichsbahn gearbeitet haben, ist mir eigentlich durch Ihren Bericht erst richtig bewusst geworden, und ich bin durch Ihre

Berichterstattung auch persönlich sensibilisiert worden“, sagte Grube. „Es ist ja leider offensichtlich immer so, dass immer erst mal der Druck von außen an einen herangetragen werden muss, um dem Thema dann auch die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken, dafür sind wir Ihnen dankbar.“ Bahnchef Grube sagte, er habe das Thema nicht mit spitzen Fingern angefasst, sondern schnell zu seinem eigenen Thema gemacht. „Hier ist Unrecht geschehen, und über dieses Unrecht müssen wir reden, dieses Unrecht muss aufgearbeitet werden“, betonte Grube im Interview mit REPORT MAINZ.

Der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Dieter Dombrowski, sprach sich im Interview mit REPORT MAINZ ebenfalls für eine Initiative der Politik zur Entschädigung der Opfer von DDR-Zwangsarbeit aus. Nicht nur die Deutsche Bahn, sondern alle Unternehmen, die von der erzwungenen Arbeit politischer Häftlinge profitiert hätten, sollten einen Beitrag leisten. Die Bundesregierung solle hierbei eine Moderatorenrolle übernehmen. Dombrowski machte sich insbesondere für einen Härtefallfonds und für Gespräche an einem Runden Tisch stark: „Es müsste jetzt die Politik eingreifen, um die Unternehmen, die ja alle bekannt sind, die am innerdeutschen Handel auf der Grundlage von Zwangsarbeit von Häftlingen beteiligt waren, an einen Tisch zu holen und mit denen zu sprechen, wie man gemeinsam eine Lösung schaffen kann, die nicht ein Unternehmen sozusagen an den Pranger stellt, sondern alle zusammenlegen und sagen, wie können wir den noch lebenden Opfern helfen, insbesondere den Härtefällen.“

Dombrowski würdigte den Umgang der Deutschen Bahn mit diesem dunklen Kapitel der Konzerngeschichte als vorbildlich: „Ich finde die Bahn geht sehr verantwortungsbewusst mit dem Thema Zwangsarbeit um. Ich bin nach der Präsentation der Expertise der Deutschen Bahn über die Zwangsarbeit bei der Deutschen Reichsbahn in der ehemaligen DDR sehr angenehm überrascht, weil ich den Eindruck hatte, dass nicht nur die Grundlagen gut recherchiert sind, sondern auch, dass der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Herr Grube, auch persönlich hinter den Dingen steht und auch erklärt hat, dass es mit dieser Buchvorstellung nicht sein Ende haben soll“, sagte Dombrowski.

Weitere exklusive Informationen finden Sie auf unserer Internet-Seite

**Zitate gegen Quellenangabe frei
Bei Rückfragen rufen Sie bitte in der Redaktion REPORT MAINZ an
unter: 06131/929 3 3351
oder den Autor Achim Reinhardt unter 0172-6268010**

<http://www.swr.de/report/bahnchef-grube-fuer-initiative-der-politik-zur-entschaedigung-von-ddr-zwangsarbeitern-auch-opfervereinigung-uokg-fordert-bundesregierung-zum-handeln-auf/-/id=233454/did=17117420/nid=233454/1m3pngj/index.html>